

## Das Deutsche Historische Museum in Berlin

Was lange wächst, wird endlich vorläufig

„Das Projekt selbst ist eine nationale Aufgabe von europäischem Rang. Es geht um die Schaffung einer Stätte der Selbstbesinnung und der Selbsterkenntnis, wo nicht zuletzt junge Bürger unseres Landes etwas davon spüren können – und sei es zunächst auch nur unbewußt –, woher wir kommen, wer wir als Deutsche sind, wo wir stehen und wohin wir gehen werden.“<sup>1</sup>

Seit zehn Jahren steht in der Bundesrepublik Deutschland wieder das Wesen, der Sinn und die Funktion von Geschichte zur Diskussion. Einer der Kristallisationspunkte dieser Auseinandersetzung war und ist der Plan zur Gründung eines Nationalmuseums für Geschichte, das heute in Form des *Deutschen Historischen Museums* (DHM) in Berlin im Kern besteht. Wenn im folgenden über dieses Museumsprojekt berichtet wird, über Vorüberlegungen, Konzepte, Gründungsabsichten und Arbeitsergebnisse, wird vorrangig vom gesellschaftlichen und staatlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik die Rede sein müssen. Denn angesichts

der ideologischen und finanziellen Dimensionen des DHM sind kulturpolitische Folgen und mediale Probleme des Museums vergleichsweise selten diskutiert worden.

Aus den seit Mitte der siebziger Jahre geführten Diskussionen um deutsche Geschichte ist heute ein konkretes politisches, finanzielles und bauliches Projekt geworden, das DHM. Zwar bündelt es manche der vorhandenen Überlegungen, verschärft jedoch zugleich die öffentliche Auseinandersetzung, da neue Chancen zur Realisierung eines vormals rein intellektuellen Diskurses entstanden sind.

Die Debatten um das DHM wurden vehement und grundsätzlich geführt, und differenzierte Äußerungen zum Konzept vorschnell dem Lager der ‚Gegner‘ oder ‚Befürworter‘ zugeschlagen. Schließlich wird das DHM als Staatsmuseum ausgelegt, das weitgehend von der Bundesregierung getragen wird und den heutigen Stand der Nationalkultur repräsentieren soll. Wer hier über Themen und Inhalte bestimmt, verfügt über

große definitorische Macht. Andere Vorhaben werden sich in Zukunft wohl immer in ihrem Verhältnis zum DHM definieren müssen.

Museum und Politik. Der Plan eines Museums für Deutsche Geschichte entwickelte sich schrittweise seit Beginn der achtziger Jahre. Aus der intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und neuen alltagsgeschichtlichen Ansätzen entstand eine zunehmende Verflechtung historischen Denkens mit aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen. „Meßbar“ dokumentiert wurde das wachsende Interesse an Geschichte zudem durch den Publikumerfolg historischer Großausstellungen. Die Preußen-Ausstellung 1981 in Berlin kann man wohl als Anstoß für den Plan eines die gesamte deutsche Geschichte umfassenden Museums ansehen.

Bereits in frühen Entwürfen betonten prominente Historiker die zentrale Rolle eines künftigen Geschichtsmuseums: „Der Kommission ist bewußt, daß das Staatsbewußtsein der Bundesrepublik Deutschland gekräftigt werden muß und daß es ein Fehler wäre, die Bundesrepublik ausschließlich als Fragment und Improvisation im Blick auf eine künftige Wiedervereinigung der gesamten deutschen Nation zu begreifen. Das Museum steht daher im Spannungsfeld zwischen Staatsbewußtsein und Nationalkultur im weitesten Sinne, vor allem der nationalen Geschichte. Ohne eine bewußte Auseinandersetzung mit Idee und Geschichte des deutschen Nationalstaats muß ein Staatsbewußtsein

der Bundesrepublik unwirklich bleiben.“<sup>2</sup>

Die Berliner Kulturverwaltung griff diese Initiative zwar auf, organisierte jedoch Anhörungen, deren Ziel zunächst die Gründung eines *Forums für Geschichte und Gegenwart*, also eine von nationalstaatlicher Politikgeschichte entfernte, diskursive Form des Umgangs mit Geschichte war, die nur mittelbar an museale Projekte gekoppelt war.<sup>3</sup> Die Idee eines Forums setzte sich jedoch nicht durch. Dies lag nicht daran, daß die Fachöffentlichkeit ihr widersprochen hätte, sondern daran, daß die Planungskompetenz bei der Bundesregierung lag, und die hatte andere Pläne. Bereits 1983 kündigte der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung Berlin anläßlich seiner 750-Jahr-Feier ein Geschenk an: ein Deutsches Historisches Museum. Damit waren die Rahmenbedingungen festgelegt: Die Bundesregierung wollte ein Museum, sie berief eine Expertengruppe zur Erstellung eines Konzepts ein, ernannte einen ‚Gründungsdirektor‘ und legte am Geburtstag der Stadt den symbolischen Grundstein.

Museum und Wissenschaft. Unter den geschilderten Umständen erschien die vorgegangene inhaltliche Auseinandersetzung um die Konzeption des Museums als sinn- und folgenlos. Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission legte 1986 den Konzeptentwurf vor; er war weniger ein Museumskonzept als vielmehr eine Darstellung des theoretischen und methodischen Standes der bundesdeutschen Ge-

schichtwissenschaft. Bei grundsätzlich chronologischer Anordnung zeichnete sich dieser Entwurf durch eine explizite Berücksichtigung struktur-, sozial- und mentalitätsgeschichtlicher Fragestellungen aus. Positiv war auch, daß sich Historiker unterschiedlicher Ausrichtung auf ein Konsenspapier geeinigt hatten, doch kamen dabei auch Kompromißlösungen und Defizite zustande. Spezifische, für Museen und Ausstellungen relevante Probleme wurden allenfalls am Rande reflektiert. Die zahlreichen Lern- und Erkenntnisziele des Konzepts – die ihrerseits kaum diskutiert wurden – relativieren sich oft gegenseitig und für den aufmerksamen Leser entsteht der Eindruck einer gewissen Beliebigkeit.<sup>4</sup>

In der Folgezeit richtete sich die Kritik am Deutschen Historischen Museum und seiner Konzeption vor allem gegen die vermutete Instrumentalisierung des Museums zum Zwecke der ‚Re-Nationalisierung‘ Deutschlands durch ‚Ideologieplaner‘.<sup>5</sup> Heute muß in Erinnerung gerufen werden, daß der Konzeptentwurf und die Museumsplanungen vor dem Hintergrund einer real existierenden DDR und einer vieldiskutierten Legitimationskrise der Bundesrepublik entstanden sind. Das *Museum für deutsche Geschichte* in Ost-Berlin diente in der Diskussion des öfteren als Negativschablone, vor der sich das DHM positiv abheben sollte.

In der Bundesrepublik selbst fand in dieser Zeit kaum eine Diskussion um historische Fragen statt, ohne daß ‚Bitburg‘ als Symptom für eine unreflek-

tierte ‚Vergangenheitsbewältigung‘ oder der ‚Historikerstreit‘ von 1986 präsent waren. Der Rückgriff auf die Idee des Nationalstaates, der in Deutschland nur gut 70 Jahre lang bestanden hatte, bevor er schließlich im Mai 1945 unterging, und den man für zwei Weltkriege verantwortlich machte, erschien als unpassendes Modell für historische Identitätsschaffung.

Auch die museumsbezogene Kritik zielte in diese Richtung: Betont wurde vor allem, daß es in vergleichbaren Staaten Westeuropas keine nationalen Geschichtsmuseen gäbe, höchstens in Osteuropa oder in Dritte-Welt-Staaten; außerdem seien nicht genügend Objekte vorhanden, um ein solches Museum zu füllen. Hinzu käme das Fehlen eines klaren Museumsbegriffs und museumsdidaktischer Vorstellungen. Überhaupt sei die Museumsferne des Konzepts höchst problematisch.

Die Konzeptdiskussion flammte erst verstärkt auf, als mit der Gründungserklärung die politischen Rahmenbedingungen feststanden: Das Museum sollte gebaut werden, das Konzept war gebilligt worden, der ‚Rest‘ wurde als Detailarbeit für die Fachleute im Aufbauteam dargestellt. Lediglich der Umstand einer Regierungsneubildung in Berlin – eine CDU-FDP-Koalition wurde 1989 von einer Koalition aus SPD und Alternativer Liste abgelöst – führte zu einer neuen, eine breitere Öffentlichkeit einbeziehenden Diskussion um das DHM. Städtebauliche, architektonische und inhaltliche Bedenken, die auch beim Berliner Se-

nat bestanden, wurden auf mehreren Hearings<sup>6</sup> eingehend mit Bezug auf das frühere Konzept eines *Forums für Geschichte und Gegenwart* diskutiert. Ob der dort in Richtung Bonn ausgesprochene Wunsch nach einer Neuüberlegung eine Chance auf Verwirklichung gehabt hätte, muß offen bleiben. Im Oktober 1989 entstand mit dem Ende der DDR eine neue politische Realität.

Museum und Deutsche Einheit. Schon bald nach der ‚Herbstrevolution‘ geriet das *Museum für deutsche Geschichte* als Einrichtung der offiziellen DDR-Geschichte ins Blickfeld der Kritik: Es hatte sich nur ansatzweise gerechtfertigt, indem besonders inkriminierende Bereiche seiner Dauerausstellung über die Geschichte der DDR, die erst im Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung fertiggestellt worden waren, rasch geschlossen wurden. Eine der letzten Verfügungen der DDR-Regierung im September 1990 hatte zuvor die Entlassung des Museums für deutsche Geschichte aus der Verantwortlichkeit des Kulturministeriums betroffen. Damit war nun die rechtliche Möglichkeit gegeben, das MfG dem DHM zu übergeben, was am Tag der deutschen Einheit auch geschah. Seitdem ist das barocke *Zeughaus* Unter den Linden Sitz des *Deutschen Historischen Museums*. Ein vormalig diskutiertes Problem ist damit gelöst: Es gibt nun eine ausreichende Zahl von Exponaten aus dem Bestand des zentralen, von der DDR-Regierung besonders geförderten Geschichtsmuseums. Ein deutsch-deutsches Museum ist im *Zeughaus*

jedoch nicht entstanden; das wissenschaftliche Personal des MfG wurde zum großen Teil entlassen, eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Geschichtsbild der DDR fand nicht statt.

Museum und Geschichte. Daß bisher vor allem von politischen Querelen berichtet wurde, liegt an der Entwicklungsgeschichte dieses Museums. Bleibt nun noch, über die Arbeitsergebnisse des DHM, seine Sonderausstellungen, zu berichten, die sich im wesentlichen in Sammlungs- und Themenausstellungen einteilen lassen.

Beginnen wir mit der zweiten Kategorie, so hat das DHM eine große Ausstellung *Bismarck – Preußen, Deutschland und Europa* präsentiert. Diese durch einen gut vorbereiteten internationalen Leihverkehr beeindruckende Ausstellung stand ganz in der Tradition der großen Geschichtsausstellungen der siebziger und achtziger Jahre. Im Detail kenntnisreich, ja oft ironisch, fehlte ihr ein auf dem neuesten Forschungsstand – nicht einmal Wehlers inzwischen zwanzig Jahre altes *Kaiserreich* schien rezipiert – beruhendes Gesamtkonzept, ein roter Faden, und es fehlten provozierende, zur Auseinandersetzung anregende Thesen. Bismarck wurde als kulturhistorisch interessante, gesamteuropäische Figur dargestellt – eine im Jahr der deutschen Einheit offensichtlich beruhigende Sichtweise.

Die Sammlungsausstellungen, mit denen das DHM einzelne Arbeitsbereiche vorstellt, überzeugen durch überschaubare Größenordnungen und die Qualität

des Materials. Auch wenn die Ausstellungsarchitektur gelegentlich allzu viel Inszenierungsabsicht verrät, waren und sind Ausstellungen wie jene zum 1.9.39, dem Beginn des 2. Weltkrieges, oder eine mit Portraits des Fotografen Stefan Moses aus der sich auflösenden DDR überzeugend; sie ermöglichen eine aktuelle Auseinandersetzung des Publikums mit zeitgeschichtlichen Fragestellungen.

Bleibt ein zentrales Manko der bisherigen Ausstellungsarbeit des DHM zu konstatieren, womit auch an konzeptionelle Diskussionen früherer Jahre anknüpft werden soll: Wenn das DHM zur Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte anregen will und dazu vorläufig Sonderausstellungen zeigt, müßte es deren Funktion für ein im Aufbau begriffenes Museum mitdiskutieren, sich somit selbst zur Diskussion stellen; dies würde das eingangs skizzierte Postulat eines offenen Forums für Geschichtsarbeit erfüllen und auch für die Zukunft konzeptionell gewinnbringend sein. Immerhin ist, trotz der Übersiedlung in das *Zeughaus*, der Plan eines Neubaus in Berlin seitens des Museums noch nicht aufgegeben. Sollte er realisiert werden, dürfte die Diskussion von neuem beginnen, denn noch steht das Postulat seines Architekten Aldo Rossi: „Ich baue eine Kathedrale der deutschen Geschichte.“<sup>7</sup>

#### Anmerkungen:

1 Helmut Kohl, Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation v. 27.2.1985, zit. n. Christoph Stölzl, Hg., Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen –

Perspektiven, Frankfurt am Main u. Berlin 1988, 641.

2 Deutsches Historisches Museum in Berlin. Denkschrift von Hartmut Boockmann, Eberhard Jäckel, Hagen Schulze und Michael Stürmer für den Senator für Wissenschaft und Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin vom Januar 1982, wie Anm. 1, 62.

3 Der Senator für Kulturelle Angelegenheiten Berlin, Hg., Protokoll der Anhörungen zum Forum für Geschichte und Gegenwart vom 18.11.1983 und 13.1.1984, 2 Teile, Berlin 1983/84.

4 Sachverständigenkommission für die Konzeption des geplanten Deutschen Historischen Museum in Berlin, Konzeption für ein „Deutsches Historisches Museum“, Bonn 1986; eine geringfügig veränderte, endgültige Fassung erschien 1987. Mitglieder der Expertenkommission waren u. a. die Historiker Hartmut Boockmann, Karl-Dietrich Erdmann, Lothar Gall, Jürgen Kocka, Heinrich Lutz, Hans-Peter Schwarz, Michael Stürmer und Rudolf Vierhaus.

5 Jürgen Habermas, Zum neokonservativen Geschichtsverständnis und zur Rolle der revisionistischen Geschichtsschreibung in der politischen Öffentlichkeit, in: Geschichtswerkstatt Berlin, Hg., Die Nation als Ausstellungsstück (Geschichtswerkstatt 11), Berlin 1987, 49; vgl. auch Selbstgespräche eines Sachwalters. Über einige technische Probleme beim Bau eines Nationalmuseums, ediert von Lutz Niethammer, in: ebd., 29–40.

6 Vgl. u. a. Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten Berlin, Protokoll der Anhörung über die Konzeption für das deutsche Historische Museum, Ms., Berlin 1989.

7 Aldo Rossi, Deutsches Historisches Museum, Ausstellungskatalog, Berlin 1989, 54.